

Pulsnitzer Tageblatt

Druckerei 18. Tel.-Adr.: Tagesblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ercheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezahler
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 Mk bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 Mk; durch die Post monatlich 2.60 Mk freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 Pfl, in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 Pfl; amtlich 1 mm
30 Pfl und 24 Pfl; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zweiwöchiger Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme.

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Brettnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Kleindittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2
Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)
Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 264

Mittwoch, den 12. November 1930

82. Jahrgang

Eine Preis-Senkung, die keine ist

Beschluß des Reichskabinetts zur Preisentung — Metallarbeiterverband und Schiedspruch

Die vom Reichsernährungsministerium verkündete so-
genannte Senkung der Preise hat in der Öffentlichkeit nicht
die Zustimmung gefunden, wie sie die Reichsregierung erwar-
tet hatte. Das Ergebnis der langwierigen Verhandlungen
zwischen der Reichsregierung und den Interessentenverbänden,
entspricht nicht den Erwartungen, die die Verbraucherkreise
nach den vorangegangenen Ankündigungen der Reichsregie-
rung hegen mußten.

Die Preisentung erstreckt sich nur auf Brot, Schweine-
fleisch und Milch, während eine Senkung der Kleinverkaufs-
preise für Kartoffeln, der Tarife für Gas und Elektrizität,
der Post- und Eisenbahngeldern, der hohen Steuern, der
Textilpreise und der Mieten vorläufig scheinbar gar nicht in
Erwägung gezogen ist.

Der Lohn- und Gehaltsabbau.

Man erwartete ganz allgemein, daß das Ergebnis der
Verhandlungen des Reichsernährungsministeriums mit den
zuständigen Organisationen der Bäcker, der Fleischer und
überhaupt der gesamten Lebensmittelproduktion ungefähr dem
entsprechen würde, was in dem letzten Schiedspruch der
Berliner Metallindustrie (Sprozentige Lohnsenkung) und bei
den Verhandlungen über die Kürzung der Beamtgehälter
(Kürzung um 6 Prozent des Gehaltes) als Ziel der Regie-
rung bekanntgegeben wurde. Ferner muß man in Betracht
ziehen, daß im Rahmen der Lohn- und Gehaltsentung-
aktion des Kabinetts Bräutig ungefähr 1 200 000 weitere
Arbeitnehmer damit rechnen müssen, daß auch für sie mit
Beginn des neuen Jahres eine fühlbare Gehalts- und Lohn-
senkung herbeigeführt wird.

Während die Lohnsenkung in den Verträgen genau fest-
gelegt ist, ist das Ergebnis aller Verhandlungen über
die Preisentung unklar und unzureichend.

Es steht nämlich nicht fest, ob tatsächlich eine fühlbare Preis-
senkung für die Verbraucher eintreten wird. Die Preisentung,
so wie sie vom Kabinet Bräutig angekündigt wird,
würde für eine vierköpfige Familie in Berlin,
wenn sie fünf Brote in der Woche verbraucht, 20 Pfennige
wöchentlich betragen, die Schweinefleischverbilligung, wenn
viermal 1 1/2 Pfund verzehrt würden, was unwahrscheinlich
ist, in der Woche 30 Pfennige, wozu noch, wenn täglich ein
Liter getrunken wird, sieben Pfennige Eripapier für Milch
kommen. Da durch den Sprozentigen Lohnabbau der Lohn eines
Metallarbeiters in der Woche um 3,20 Mark gekürzt wird, so
fällt demgegenüber eine Eripapier an Lebensmitteln in Höhe
von wöchentlich 57 Pfennigen nicht ins Gewicht.

Rückzug der Brotsfabrikanten.

Nun kommt noch hinzu, daß die Verbraucher wahrschein-
lich von der sogenannten Preisentungsaktion der Reichs-
regierung nichts zu spüren bekommen werden. So teilt z. B.
die Vereinigung der Brotsfabrikanten Groß-
Berlins mit, es entspräche nicht den Tatsachen, daß die Brot-
fabriken sich dem Reichsernährungsministerium gegenüber zu
einer Senkung des Brotpreises von 50 auf 46 Pfennige be-
reitert hätten.

Die Forderung der Brotsfabrikanten gehe lediglich dahin,
den Brotpreis von 50 auf 48 Pfennig herabzusetzen,
und zwar auf die Dauer von zwei Monaten.

Träte innerhalb dieser Zeit die vom Reichsernährungs-
ministerium in Aussicht gestellte Produktionsverbilligung
nicht ein, so behielten die Brotsfabrikanten sich vor, ihre
Preise entsprechend zu ändern. Dann ist bemerkenswert, daß
bei den Verhandlungen beim Reichsernährungsministerium
nur vereinbart wurde, daß die Spanne zwischen dem Mehlp-
preis und dem Brotpreis, die in den einzelnen Städten des
Reichsgebiets nicht immer die gleiche ist, herabgesetzt werden
soll. Man hat die Spanne, die in Berlin 19 Pfennige für
das Kilo Brot betrug, angeblich um 4 Pfg. gesenkt. Praktisch
ergibt sich daraus, daß der Preis für das 2 1/2-Pfund-Brot
von 50 Pfg. auf 46 Pfg. gesenkt werden müßte. Dem wider-
spricht die obige Bekanntmachung der Berliner Brotsfabrikanten.
Wie sich die Verhandlungen zwischen Länderregierungen
und Kommunalverwaltungen außerhalb Berlins in dieser
Frage abspielen werden, steht noch dahin.

Nur Verbilligung der Fleischkalkulation?

Die Preisentung für Fleisch besteht darin, daß man
beabsichtigt, die Spanne für Schweinefleisch um 5 Pfennige
je Pfund zu senken. Das bedeutet nicht ohne weiteres eine
für den Verbraucher fühlbare Senkung des Schweinefleisch-

preises. Das offizielle Verbandsorgan der
Berliner Schlachtfleischer erklärt, der Beschluß be-
sage nicht, daß von Stunde an der Preis für Schweinefleisch
um den genannten Betrag herabgesetzt werde.

Man habe sich nur verpflichtet, um 5 Pfennig billiger
zu kalkulieren.

Dem widerspricht wiederum die amtliche Mitteilung, wonach
der Bezirksverein im Deutschen Fleischerverband erklärt habe,
daß der Preis für Schweinefleisch sofort um 5 Pfennige pro
Pfund herabgesetzt werden soll. Die dementsprechende Preis-
entung im Reich ist noch ganz ungewiß. Beim Rind-
fleisch hat das Reichsernährungsministerium offiziell zu-
gegeben, daß der Preis für Rindfleisch bereits den Viehmarkt-
preisen regelmäßig gefolgt ist. Bei der Milch beschränkt sich
ebenfalls die Vereinbarung nur auf Berlin. Die Handels-
spanne der Milch wird um 1 Pfennig herabgesetzt. Ob der
Eiter Milch tatsächlich vom Verbraucher um einen Pfennig
billiger gekauft werden kann, steht nicht fest. Bei den Kar-
toffeln gehen die Preisentungsverhandlungen noch wei-
ter. Das Reichsernährungsministerium hat festgestellt, daß
hier die Möglichkeit einer Senkung bestehe, da die Groß- und
Kleinhandelspreise bei Kartoffeln außerordentlich überhöht
seien.

„Preisherabsetzung“ bei Markenartikeln.

Außerdem sind eine Reihe von Markenartikeln im Preise
herabgesetzt worden, wie Kaffeepulver, Pudding-
pulver und ähnliche Dinge. Vom Reichsernährungs-
minister wird hierzu erklärt, daß durch diese Maßnahmen
praktisch natürlich keine wirkliche Senkung der Preise für
Lebensmittel erreicht werde.

Deffentliche Bekanntgabe der Handelsverdienste.

Das Reichskabinet trat Dienstag nachmittag zu einer
Beratung über das Problem der Preisherabsetzung zusam-
men. Das Reichsernährungsministerium hat die Absicht, die
Ziffern des sehr komplizierten Systems der Feststellung der
Preisspanne wöchentlich bekanntzugeben in der Meinung, daß
diese Ziffern vom Publikum verstanden und begriffen werden
würden und daß sich daraus von selbst eine Regulierung der
Preise ergeben würde.

Preisermäßigungen im Reich.

Entsprechend der Aufforderung des Deutschen Fleischer-
verbandes an seine Verbandsmitglieder hat die Schweine-
mehger-Vereinigung in Frankfurt a. M. unter Berücksichti-
gung der wirtschaftlichen Lage die Verkaufspreise für
Schweinefleisch gegenüber den Preisen vom 1. August um 10
bis 20 Pfennig und für billige Wurstsorten um 20 bis 40
Pfennig je Pfund gesenkt. — In einer Versammlung der
Dresdener Bäckerinnung wurde beschlossen, ab 17. November
das Zweifelhlogrammbrot an Erwerbslose für den verbilligten
Preis von 60 Pfennig abzugeben.

Senkung der Steuern?

Bei der Senkung der Preise, die in engster Verbindung
mit der Senkung der Gehälter und der Senkung der Löhne
sein muß, muß auch die Senkung der Steuern eine Rolle
spielen. Die Evangelische Landeskirche in
Bayern hat sich entschlossen, die Sätze für die Kirchen-
steuern zu erniedrigen. Daraus hat der Bayerische Industrie-
und Handelskammertag die bayerische Regierung aufgefor-
dert, auch den anderen Religionsgesellschaften eine Ermä-
gung der Sätze für die Kirchensteuer nahezu legen.

Beschluß des Reichskabinetts zur Preisentung

Berlin, 12. November. Amtlich wird mitgeteilt: Das
Reichskabinet beschäftigte sich am Dienstagabend unter Vorsitz
des Reichskanzlers Dr. Brüning und unter Beteiligung des
Reichsbankpräsidenten Dr. Luthner mit Fragen der Preis-
und Arbeitspolitik. Die weitere energische Forderung der
auf eine umfassende Preisentung gerichteten Tendenzen
wurde einem Kabinettsausschuß anvertraut, der in bauernder
engster Zusammenarbeit mit den beteiligten Wirtschaftskreisen
stehen wird. Ferner wurden noch Fragen der Arbeitsverteilung,
eines weiteren Schuljahres und der Zulassung von ausländi-
schen Wanderarbeitern erörtert, über die noch Verhand-
lungen mit den Ländern geführt werden.

Das Wichtigste

Bei wiederholtem Jagelschlag fand in Warschau aus Anlaß des Waffen-
stillstandes vor Marshall Pilsudski und dem Staatspräsidenten
eine Parade statt, an der etwa 10 000 Soldaten teilnahmen.

Im Mittelpunkt der offiziellen Feier des 12. Waffenstillstandes in Paris
stand eine Parade vor dem Präsidenten der Republik, dem Kabinet
und den Mitgliedern des Diplomatischen Korps. Bei der Parade
wirkten starke Lankeabteilungen und die modernsten Schnellmunitions-
kraftwagen mit. —

Der Metallarbeiterstreik in Madrid dehnt sich mehr und mehr aus.
Die Zahl der Streikenden betrug am Dienstag 15 000.

D. 2000 trat am Dienstag um 8 Uhr 35 den Weiterflug von Bissabon
aus an. Nach sechsstündigem Flug bei starkem Sturm, dichtem
Gebirgsnebel und teilweise vollkommen geschlossener Wolkendecke ge-
langte das Großflugzeug bis Locua unweit von Vitoria, wo es
glatt landete.

Dr. Heuser vom deutschen Generalkonsulat in Newyork nahm am Dienst-
tag zum ersten Mal an der offiziellen Gedenkfeier aus Anlaß des
Waffenstillstandes teil. Die Teilnahme eines deutschen Vertre-
ters an der Feier wird in der amerikanischen Presse stark beachtet.

Metallarbeiterverband u. Schiedspruch

Berlin, 12. Nov. Der engere Beirat des Deutschen
Metallarbeiterverbandes nahm, wie der „Vorwärts“ meldet,
am Dienstag zu dem Schiedspruch für die Berliner Metall-
industrie und seine Auswirkungen Stellung. Nach dem Be-
richt des Vorsitzenden des Verbandes, der den letzten Schieds-
pruch als einen Verstoß gegen Treu und Glauben bezeichnet
habe, sei in den Beratungen die Auffassung des Vorstandes
unterstrichen worden und die besondere Enttäuschung darüber
zum Ausdruck gekommen, daß ein solcher für vollkommen
unmöglich gehaltener Schiedspruch auch noch zustande ge-
kommen sei mit der Stimme des Professors Einzigeimer, der
vom Metallarbeiterverband für dieses Schiedsgericht benannt
worden sei. Zu der Tagung des erweiterten Beirates seien
die übrigen Vertreter aus dem Lande telegraphisch beordert
worden.

Verstärkter Terror der polnischen Verbrecherbanden in Ost-Oberschlesien.

Brutaler Kampf gegen die deutschen
Zeitungen.

Die angekündigten Maßnahmen der Aufständischen
gegen die deutsche Presse, die das einzige Bindeglied der
deutschen Minderheit in Ost-Oberschlesien darstellt, nach-
dem die Deutschen nicht mehr wagen dürfen, Wahlver-
sammlungen abzuhalten, werden seit Beginn der Mobili-
sation des Aufständischenverbandes in brutaler Weise
durchgeführt.

In Pischow wurden einem Austräger des „Ober-
schlesischen Kurier“ nicht nur die Zeitungen entziffen und
das Fahrrad zertrümmert, sondern er wurde bis zur Be-
wußtlosigkeit geschlagen. In Laurahütte wurde ein Ehe-
paar, das eine deutsche Zeitung gekauft hatte, jämmer-
lich verprügelt und selbst das Kind, das mit den Eltern
deutsch sprach, mit Fußstapfen bearbeitet. In Königs-
hütte wurde die große Schaufensterscheibe der Geschäfts-
stelle des „Oberschlesischen Wanderer“ eingeschlagen. In
Lipino wurden erneut deutsche Zeitungsaussträger über-
fallen und verprügelt. Selbst die Polizei beteiligte sich an
der Ausrottung der deutschen Presse. Nicht genug, daß
täglich die deutschen Zeitungen wegen belangloser Ar-
tikel der Beschlagnahme verfallen, werden auch die Zeit-
ungsaussträger von der Polizei angehalten.

Der Streit Thüringens mit dem Reich.

In der Streitsache Thüringens gegen das Reich
wegen der Sperrung der Polizeizuschüsse erklärt jetzt die
Thüringer Regierung, daß nach dem bisherigen Unter-
suchungsergebnis des Staatsgerichtshofes die Haltlos-
keit der Anlagen des Reichsinnenministers offensichtlich
sei. Der Reichsinnenminister sei einem in der Thüringer
Polizei bestehenden Spitzel- und Denunziantentum trüb-
ster Art zum Opfer gefallen. Zum Beweis für diese Auf-
fassung veröffentlicht die Thüringer Regierung den In-
halt eines Briefes des Reichsbannergeschäftsführers
Dr. Diezel, Weimar. Der als Zuträger verwendete Ober-
sekretär sei sofort seines Amtes enthoben worden.

Weiter hat der mit der Voruntersuchung gegen den
Obersekretär beauftragte Richter in den Räumen des
Reichsbanners Weimar eine Hausdurchsuchung gehalten, über
deren Ergebnis noch Stillschweigen bewahrt wird.

